



**MULTIKULTURELLES
ZENTRUM TRIER**

**Selbstverwaltetes Multikulturelles Zentrum
Trier e.V.
Multicultural Center Trier - Centre Multiculturel de Trèves**

Balduinstr. 6, D-54290 Trier
Tel: +49 (0)651 48497
Fax +49 (0)651 9943617

E-mail: buero@multicultural-center.de
<http://www.multikulturelles-zentrum-trier.de>

Trier, den 01.02.2017

Demonstration am Sa., 11.02.2017, 14:00 Uhr, vor der Porta Nigra in Trier

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Bleiberecht für alle afghanischen Geflüchteten!

Abkommen mit Afghanistan soll trotz verschärfter Sicherheitslage Abschiebungen forcieren

Am 02. Oktober hatten die EU und Afghanistan ein Abkommen geschlossen, das den Titel „Joint Way Forward On migration issues between Afghanistan and the EU“ trägt. Der Name des Abkommens weist bereits auf dessen wesentlichen Zweck hin: Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der afghanischen Regierung soll vertieft werden, um „irreguläre Migration“ zu unterbinden und die Rückkehr von abgelehnten Asylbewerber*innen zu forcieren. Auf Grundlage dieses Abkommens sollen in großer Zahl Abschiebungen von Afghan*innen aus Deutschland und anderen Ländern der EU ermöglicht werden. Erste Sammelabschiebungen von Afghan*innen aus verschiedenen Bundesländern haben bereits am 14.12.2016 und 23.01.2017, trotz massiver Proteste, stattgefunden. Laut Angaben der EU sollen bis zu 80.000 Afghan*innen aus Europa abgeschoben werden.

Um das zu ermöglichen, sagt die afghanische Regierung umfangreiche Kooperation, nicht nur bei der Unterbindung von unerwünschter Auswanderung und Flucht, sondern v.a. auch bei der Rücknahme von abgelehnten Asylbewerber*innen, zu. Dazu gehört u.a. die kurzfristige Ausstellung von Pässen oder alternativ die Akzeptanz der von der EU ausgestellten Dokumente, um Personen, die keine Passpapiere haben, abschieben zu können. Um Abschiebungen in größerer Zahl umsetzen zu können, sind sowohl reguläre Linienflüge als auch Sammelabschiebungen vorgesehen.

Konto: Multikulturelles Zentrum Trier e.V.
IBAN: DE 90 58550130 0002 0666 03
BIC: TRISDE55

Für diese soll ein spezielles Terminal auf dem Flughafen in Kabul errichtet werden. Auf der anderen Seite sagt die afghanische Regierung zu, irreguläre Migration (Flucht) in die EU durch Informationskampagnen zu vermindern. Die EU ihrerseits verspricht, die afghanische Regierung bei der Bekämpfung von „Schleuser- und Schleppertätigkeiten“ zu unterstützen. Die Bundesregierung macht diese Kooperation bei der Rücknahme von afghanischen Geflüchteten und der Bekämpfung irregulärer Migration in einem Zusatzabkommen zur Bedingung für die Zahlung von weiteren Hilfsgeldern in Höhe von 1,7 Mrd. Euro bis 2020.

Druck auf afghanische Geflüchtete wird größer

Bereits im Oktober 2015 hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière angekündigt, verstärkt nach Afghanistan abschieben zu wollen. Die Innenminister hatten vor dem Hintergrund auf ihrer Konferenz im Dezember 2015 beschlossen, die Bundesregierung zu bitten, „die Rahmenbedingungen für Rückführungen und freiwillige Ausreisen durch verbindliche Absprachen mit der afghanischen Regierung, UNHCR und IOM zu verbessern“ (Zitat aus den veröffentlichten Beschlüssen der 203. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 03. bis 04.12.15 in Koblenz). Die im Asylverfahren abgelehnten Afghan*innen fühlen sich nun angesichts des Abkommens mit der afghanischen Regierung von Abschiebung bedroht.

Auch wenn sich für viele von Ihnen jenseits des Asylverfahrens Aufenthaltsperspektiven in Deutschland ergeben werden, sind nicht wenige von ihnen tatsächlich von Abschiebung bedroht. Der Bundesinnenminister hat die Bundesländer bereits aufgefordert, das Abkommen mit Afghanistan „mit Leben zu füllen“, und mittlerweile sind bereits zwei Sammelabschiebungen durchgeführt worden, mit denen 60 Afghanen „zurückgeführt“ wurden. Auch wenn die Rheinland-Pfälzische Landesregierung zugesagt hat, nur in Einzelfällen straffällig gewordene Afghan*innen abzuschicken, so wird doch eine Atmosphäre erzeugt, in der die Menschen in ständiger Angst leben und sich niemals wirklich in Deutschland akzeptiert und sicher fühlen können.

Afghanistan ist nicht sicher

Es ist offensichtlich, dass sich die Sicherheitslage und die menschenrechtliche Situation in den letzten Monaten verschärft hat. Als im September 2015 die Taliban die Stadt Kundus überrannt hatten, wurde dies der internationalen Öffentlichkeit deutlich vor Augen geführt. Ein aktueller Bericht des UNHCR, der von der Bundesregierung angefordert wurde und seit dem 9. Januar 2017 allen Innenministerien vorliegt, bestätigt die v.a. für die Zivilbevölkerung im ganzen Land bestehende bedrohliche Situation und unterstreicht, dass das gesamte Staatsgebiet von bewaffneten Konflikten betroffen ist. Anders als die Bundesregierung behauptet kann also nicht von sicheren Regionen die Rede sein.

Die Vereinten Nationen sehen sich immer wieder veranlasst, ihre Besorgnis über die Sicherheitslage auszudrücken. Insbesondere die Zivilbevölkerung wird durch gezielte Tötungen und Angriffe v.a. auf Mädchen und Frauen terrorisiert. Die UN Mission für Afghanistan berichtet, dass es in 2016 einen Anstieg von zivilen Opfern gegenüber dem Vorjahr gab. Im ersten Halbjahr 2016 seien über 1.600 Tote und mehr als 3.500 Verletzte in der Zivilbevölkerung und somit die höchste Zahl an zivilen Opfern seit 2009 zu beklagen gewesen.

Im Dezember berichtete der UN-Generalsekretär von einem kontinuierlichen Ansteigen des Gewaltlevels, so dass sich die bewaffneten Zusammenstöße in 2016 gegenüber 2015 um 22% erhöht hätten. Immer wieder werden Anschläge insbesondere in der Hauptstadt Kabul, aber auch in anderen Städten verübt, der Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat im November in Masa-i-Scharif ist dabei ein bekannteres Beispiel. In der Folge seien laut UNHCR im Jahr 2016 über 530.000 Menschen vertrieben worden, so dass nunmehr mindestens 1,2 Mio Menschen als Geflüchtete innerhalb Afghanistans lebten. Zudem kommen rund 700.000 Menschen hinzu, die auf Druck aus den Nachbarländern zurückkehren, so dass die Regierung und die Hilfsorganisationen Probleme haben, diese Menschen zu versorgen.

Obgleich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die schlimme Sicherheitslage in Afghanistan in seinen Entscheidungen nicht angemessen berücksichtigt, beschreibt es diese katastrophale Situation in seinen sog. Herkunftsländerleitsätzen. Dies erklärt die überdurchschnittlich hohe bereinigte Schutzquote von über 60% für afghanische Geflüchtete.

Entgegen der eigenen Programmatik weigert sich die Bundesregierung dennoch bislang, afghanischen Geflüchtete die Teilnahme an einem Integrationskurs zu ermöglichen. Diese „postfaktische“ Fortsetzung der Ausgrenzungspolitik ist skandalös!

Vor diesen Hintergrund fordern wir, Jugendliche ohne Grenzen RLP sowie das s. Multikulturelle Zentrum Trier e.V.:

- einen Bundes- und Europaweiten Abschiebestopp nach Afghanistan
- eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan durch das Bundesinnenministerium bzw.

das BAMF und die Zuerkennung eines Schutzstatus für alle afghanischen Geflüchteten

- eine Wiederaufnahme von Asylverfahren, unter Berücksichtigung der realen Gefahrenlage, für

abgelehnte Afghan*innen

Beteiligt euch dafür an unserer Demonstration oder einer anderen der 12 parallel im Bundesgebiet stattfindenden Aktionen!